

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 88 (2017)
Heft: 6: Demenz : Forschungsergebnisse, Strategien und Pflegekonzepte

Rubrik: Lohrs Legislatur : "Gewalt im Alter - da darf niemand wegschauen"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Gewalt im Alter – da darf niemand wegschauen»

In den ersten Maitagen hatte der Nationalrat zu einer Sondersession anzutreten. Während einer halben Woche galt es im Bundeshaus etwas den Pendenzenberg abzutragen. Die Medienaufmerksamkeit fiel bescheidener aus als üblich. Auch waren in dieser Kurzwoche die Abwesenheiten einzelner Mitglieder voraussehbar gewesen. Die behandelten Geschäfte hatten es aber durchaus in sich, sodass keineswegs von einem langweiligen Nachsitzen gesprochen werden kann. Von den vielen Themen, um die es bei diesem Sondertreffen in der grossen Kammer ging, sticht eines im Rückblick besonders heraus. Die von der Ratskollegin Bea Heim (SP/Solothurn) in einem Postulat geforderte nationale Strategie zur Bekämpfung von Gewalt an älteren Menschen wurde vom Parlament für mich persönlich völlig unerwartet abgelehnt.

94 zu 94 Stimmen hatte das Verdikt gelautet, das dann mit Stichentscheid von Ratspräsident Jürg Stahl (SVP/Zürich) auf die Kontra-Seite kippte. Die Fraktionen der SVP sowie der FDP – Die Liberalen hatten sich geschlossen gegen diesen Vorstoss ausgesprochen. Oder präziser formuliert, sie wiesen die Forderung ab. Denn debattiert werden konnte über dieses mir äusserst wichtig erscheinende Thema nicht, da es sich um ein Geschäft der Kategorie IV handelte. Es standen sich lediglich die Postulantin und der zuständige Vertreter des Bundesrats zum Austausch der Argumente gegenüber. Beiden stand dabei nur die sehr beschränkte Redezeit von je fünf Minuten zur Verfügung.

Nationalrätin Bea Heim wies in ihrem engagierten Votum darauf hin, «dass die Gewalt gegenüber älteren Menschen in Heimen ein trauriges, um nicht zu sagen, himmeltrauriges Faktum ist». Sie verlangte

deshalb eine nationale Strategie zur Bekämpfung von Missständen. Als Beispiele nannte sie Drohungen, Beschimpfungen, Herabwürdigungen und Gewaltanwendungen. Es reiche nicht, wenn die Regierung sich der Grundrechtsverletzungen zwar bewusst sei, aber nicht gezielt dagegen eingreife. Recht hat sie, so meine ich, denn bei Gewalt gegen alte Menschen darf niemand einfach wegschauen. Ich will den Gegnern dieses Postulats keineswegs unterstellen, dass sie diese Gewalt einfach so tolerieren. Das politische Signal, das mit dem – wenn auch nur hauchdünn ausgefallenen – Nein gegeben wurde, ist jedoch ein negatives. Denn es bleibt der Eindruck, es bestehe kein erweiterter Handlungsbedarf und die auch von verschiedenen Organisationen bereits getroffenen Massnahmen reichten derzeit aus. Ich bin sicher: Diese Sichtweise wird der Sache und der Notwendigkeit von klar erkennbaren Strategien nicht gerecht.



«Ältere Menschen haben das Recht auf eine fachlich kompetente und einfühlsame Pflege und Betreuung.»

Christian Lohr, Nationalrat CVP Thurgau, ist der einzige Rollstuhlfahrer im Bundesparlament.

Ältere Menschen benötigen den Schutz unserer Gesellschaft in besonderem Mass.

Überall dort, wo Menschen von anderen Menschen abhängig sind, sind die Kontrolle, die Aufsicht und die Qualitätssicherung von extremer Evidenz. Kinder, Menschen mit Beeinträchtigungen und eben ältere Menschen verdienen, ja benötigen den Schutz unserer Gesellschaft in besonderem Mass. Als Teil der Menschenrechte, in denen die Würde jeder und jedes Einzelnen als unantastbar proklamiert ist, haben wir die Pflicht, uns solchen Themen, so unangenehm sie sein mögen, zu stellen.

Mich stört es gewaltig, wenn man sich bei dieser offenkundigen Malaise der steigenden Anzahl von bald täglich öffentlich werdenden Negativfällen einfach im öffentlich ausgetragenen Streit der staatlichen und föderalistischen Verantwortlichkeiten gegenseitig den Ball zugespült. Jeder Tag, an dem in diesem Umfeld nichts Konkretes

passiert, ist einer zu viel. Wer dies nicht erkennt, verschliesst sich einer Situation, die uns alle betroffen machen muss.

Die in Heimen geleistete Arbeit ist wichtig und wertvoll. Daran besteht nicht der geringste Zweifel. Auch geht es nicht darum, Heime in ein schlechtes Licht zu stellen. Überhaupt nicht. Es darf aber nicht sein, dass der immer stärker werdende Kosten- und Leistungsdruck dazu führt, dass durch unbestrittene Überforderungen Dinge im Gewaltbereich geschehen, die zu keinem Zeitpunkt akzeptiert werden können. Ältere Menschen haben das Recht auf eine fachlich kompetente und einfühlsame Pflege wie auch Betreuung. Von dieser ethischen Grundhaltung dürfen wir einfach nicht abweichen, sonst beginnen wir bedeutende Werte in unserer Gesellschaft infrage zu stellen. Gerade deswegen sind bzw. wären bei solchen politischen Vorstössen eben klare Bekenntnisse gefragt. ●